

Das monatliche Magazin von Armand Zorn, Mitglied des Deutschen Bundestages

FRANKFURT – BERLIN | DIREKT

Januar 2024



#CEASEFIRENOW
Mein Brief

Seite 4

Start meines neuen
Podcasts: Black Voices

Seite 6

Ankündigung:
Wahlkreistour im Februar

Seite 12

INHALT

01

EDITORIAL

02

AUSSICHT AUF
DAS JAHR 2024

03

GEMEINSAM
FÜR TOLERANZ

04

#CEASEFIRENOW

05

DIE REFORM DES
STAATSANGEHÖRIGKEITSRECHTS

06

START MEINES NEUEN PODCASTS:
BLACK VOICES

07

FROHES NEUES: IN DIESEM JAHR
WENIGER STEUERN

08

GEGEN HASS UND HETZE
IM DIGITALEN RAUM

09

DAMOKLESSCHWERT
„SCHULDENBREMSE“

10

MEIN BESUCH IM
JUGENDHAUS HÖCHST

11

NEUJAHRSEMPFANG DES DEUTSCHEN
GEWERKSCHAFTSBUNDES

12

ANKÜNDIGUNG: MEINE
WAHLKREIS-TOUR IM FEBRUAR



Editorial



Liebe Leserinnen und Leser,

der Jahresbeginn ist für viele von uns eine Zeit guter Vorsätze und einer gewissen frischen Energie, mit der wir nach vorne blicken. Die Veröffentlichung der correctiv-Recherche zu rechtsradikalen Plänen gegen unsere Verfassung hat diese Stimmung jäh unterbrochen.

Umso mehr freue ich mich, dass auf diese Nachrichten nicht Lähmung und Starre, sondern eine große Aktivität der Zivilgesellschaft gefolgt ist. Es war ein wichtiges Signal, dass wir am 20. Januar am Römer mit 50.000 Menschen für unsere Demokratie demonstriert haben. Bundesweit sind nach

Polizeiangaben am Wochenende des 20. und 21. Januars mehr als 900.000 Menschen auf die Straße gegangen.

Mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts haben wir im Deutschen Bundestag passenderweise ein Gesetz beschlossen, das Einbürgerungen erleichtert und gleichzeitig die Standards weiterhin hochhält. Es steht für die Modernität unseres Landes und bringt ein Stück mehr Gerechtigkeit für viele, die schon lange hier leben und arbeiten.

Auch in der Steuergesetzgebung gibt es positive Nachrichten für Bürgerinnen

und Bürger. Bereits zum 01.01.2024 wurden spürbare Entlastungen im Bereich der Einkommenssteuer wirksam.

Mit meinem neuen Podcast Black Voices starte ich ein neues Format, in dem ich den vielfältigen Erfahrungen, Geschichten und Perspektiven der Schwarzen Community in Deutschland eine Plattform geben will.

Und noch eine Ankündigung: Ich würde mich freuen, Sie und Euch auf meiner Wahlkreistour im Februar zu treffen!

Mit den besten Grüßen

Aussicht auf das Jahr 2024

O bwohl das Jahr noch jung ist, ist schon viel passiert. Die Lage im Nahen Osten eskaliert zusehends weiter und die correctiv-Recherche hat uns Demokrat:innen im Mark getroffen.

Aber, das Jahr fängt gerade erst so richtig an. Ein wichtiges Ereignis jagt das nächste. Da ist es leicht mal den Überblick zu verlieren. Daher habe ich die Ereignisse im kommenden Jahr, die ich mit am meisten Spannung erwarte mal sortiert.

Politisch wird es ein besonders heißes Jahr. In Deutschland stehen wichtige Landtagswahlen in Sachsen

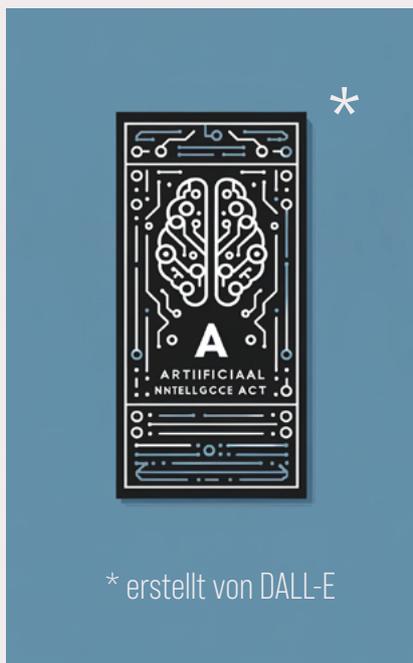
und Thüringen (1. September) und Brandenburg (22. September) an, sowie zahlreiche Kommunalwahlen.

Darüber hinaus dürfen vom 6.-9. Juni die Europäer:innen ein neues Parlament wählen. Auf der anderen Seite des Atlantiks, muss sich Joe Biden wahrscheinlich wieder gegen Donald Trump wehren.

Alle Wahlen eint, dass sie Richtungsentscheidungen im Kampf gegen populistische und rechte Kräfte sein werden. Unabhängig davon, wie die Wahlen ausgehen, es gilt mehr denn je, sich gegen Populismus und rechts-extreme Umtriebe zur Wehr zu setzen.

Gleich zu Beginn des Jahres wird es auch für mich persönlich sehr interessant. Dem AI Act, den ich politisch für die SPD-Fraktion betreue, wird auf EU-Ebene final zugestimmt. Hier entscheidet sich, wie gut gerüstet Deutschland und Europa für die massiven KI-Umwälzungen der nächsten Jahre sein wird.

Ein persönliches Highlight dieses Jahr ist auch die Olympiade in Paris, auf die ich mich sowohl als sportbegeisterter, als auch als großer Frankreich-Freund freue. Seitdem ich selbst für einige Zeit in Paris arbeiten durfte, habe ich eine besondere Beziehung zu dieser faszinierenden Stadt.



* erstellt von DALL-E





Gegen Rechtsextremisten, gegen Faschisten – gemeinsam für Toleranz

Foto: Fionn Große

Die durch die jüngst veröffentlichten correctiv-Recherchen ans Licht gekommenen rechtsextremen Pläne haben unsere Gesellschaft im Mark erschüttert. Dem Recherche-Kollektiv ist es gelungen ein Treffen rechts-extremer Populisten zu unterwandern. Bei diesem Treffen wurde offen über eine sogenannte „Remigration“. Damit ist die grundlose Ausweisung von Menschen mit Migrationshintergrund, völlig ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit, gemeint.

So etwas ist nicht nur moralisch

verwerflich, sondern auch verfassungs- und demokratiefeindlich. Solchem Nazi-Denken darf in Deutschland kein Raum gegeben werden.

Zusammen mit einer Gruppe von Abgeordneten, fordere ich deshalb die Prüfung eines Parteiverbotsverfahren für die als gesichert rechtsextrem geltenden Landesverbände der AfD. Dabei muss klar sein, dass ein Parteiverbot, oder auch ein eingeschränktes Parteiverbot nur ein Teil der Lösung ist. An den Meinungen des Einzelnen würde sich erst einmal kaum etwas verändern. Flankierende

gesellschaftliche Maßnahmen sind dringend zusätzlich gebraucht.

Darum darf rechtsextremes Denken egal wo, nicht toleriert werden. Nicht nur in Parteien und Verbänden, auf der Straße, ebenso wie im Freundes- und Familienkreis. Hier ist jeder Einzelne gefragt.

Der breite zivilgesellschaftliche Widerstand, der als Demonstrationsbewegung auf unsere Straßen getragen wird, macht Hoffnung. Darauf müssen wir Demokraten aufbauen, es heißt standhaft zu bleiben.

#CEASEFIRENOW

Wir, das sind deutsche, US-amerikanische und kanadische Abgeordnete, haben am 18. Januar 2024 einen offenen Brief veröffentlicht, in dem wir zu einem Waffenstillstand in Gaza aufrufen.

Als starke Unterstützer Israels müssen Deutschland, die Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada ihre Position nutzen, um einen erneuten Waffenstillstand sowie ultimativ einen nachhaltigen Frieden im Interesse beider, Israelis und Palästinenser, voranzutreiben.

Der Angriff der Hamas am 7. Oktober war ein brutaler Terrorakt und ein abscheulicher Verstoß gegen internationales Recht. Wir verurteilen diesen Zivilisationsbruch aus Mord, Folter, sexualisierter Gewalt und Geiselnahme, der sich gegen unschuldige Zivilistinnen und Zivilisten, inklusive Kinder, richtete, aufs Schärfste. Alle Geiseln müssen von der Hamas sofort freigelassen werden. Wie

jeder andere Staat hat Israel im Rahmen des Völkerrechts das Recht, sich selbst zu verteidigen und gegen zukünftige Angriffe zu schützen.

Die fortlaufenden Kampfhandlungen in Gaza lassen jedoch keinen Schutzraum mehr für Zivilistinnen und Zivilisten in einem der am dichtesten besiedelte Gebiete der Welt zu. Die totale Abriegelung Gazas schneidet über zwei Millionen Menschen, die Hälfte davon Kinder, weitestgehend von Strom, Wasser, Nahrung, Medizin, Telekommunikation und Treibstoff ab.

Die humanitäre Situation in dem betroffenen Gebiet verschärft sich täglich. Die Lebensbedingungen der Zivilbevölkerung sind aufgrund von Nahrungsmittelknappheit und dem Ausbruch von Seuchen und Krankheiten äußerst prekär. Darüber hinaus haben israelische Bombenangriffe zu erheblichen Schäden an der zivilen Infrastruktur geführt, was

zu einer massiven Vertreibung von Millionen Zivilistinnen und Zivilisten und zum Tod von über 18.000 Menschen geführt hat, unter ihnen mehr als 7000 Kinder. Die Lage vor Ort wird täglich bedrückender und stellt eine immense humanitäre Notlage dar.

Die Sicherheit und die Zukunft von Israel und Palästina sind untrennbar miteinander verbunden. Nur eine politische Lösung kann den Wunsch nach Frieden und Sicherheit erfüllen. Wir müssen gemeinsam vorangehen, um diesen Wunsch Wirklichkeit werden zu lassen. Ein erster Schritt dahin ist ein sofortiger Waffenstillstand in Gaza, um die israelischen Geiseln sicher nach Hause zu bringen und die palästinensische Zivilbevölkerung zu schützen.

[Den gesamten offenen Brief findet ihr jetzt auf meiner Website.](#)

Lebensrealitäten anerkennen: Die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts

„Ihr gehört dazu!“ – diese Botschaft hat der Deutsche Bundestag am 19.01.2024 vielen Menschen mit Migrationshintergrund, die seit langem in Deutschland leben und arbeiten, gesendet. Mit den Stimmen der Ampel-Koalition haben wir eine Reform des Staatsangehörigkeitsrechts beschlossen. Einbürgerungen werden damit erheblich erleichtert und wir schaffen ein Staatsbürgerschaftsrecht, das unserer modernen und vielfältigen Gesellschaft gerecht wird. Auch für internationale Fachkräfte wird Deutschland durch diese Reform als Arbeits- und Lebensmittelpunkt attraktiver.

In Frankfurt betrifft die Reform ca. 30 % der Bevölkerung, in Deutschland insgesamt sind es 14 %. Davon leben ca. 5,3 Millionen seit mindestens zehn Jahren in Deutschland. Obwohl ihr Lebensmittelpunkt

schon lange in Deutschland ist, können sie nicht an politischen Entscheidungsprozessen wie zum Beispiel Bundestagswahlen teilhaben und mitwirken. Wenn aber ein Teil der Bevölkerung, der hier zu Hause ist, von der demokratischen Willensbildung ausgeschlossen ist, schadet das der Demokratie insgesamt.

Statt wie bisher nach 8 Jahren kann nun schon nach 5 und bei besonderen Integrationsleistungen nach 3 Jahren die deutsche Staatsangehörigkeit beantragt werden. Künftig gilt für alle Zugewanderten, dass sie ihre bisherige Staatsangehörigkeit bei der Einbürgerung nicht mehr aufgeben müssen. Ihnen und auch hier Geborene wird diese schwierige Entscheidung damit erübrigt. Damit erkennen wir die gelebte Realität vieler Millionen Menschen an. Zudem soll eine Doppel-Staatsbürgerschaft

nun ohne Beibehaltungsgenehmigung möglich sein. Dies ist eine Erleichterung für deutsche Staatsbürger:innen, die beispielsweise im Ausland arbeiten. Zudem sollen Kinder, bei denen mindestens ein Elternteil seit 5 Jahren in Deutschland lebt und ein unbefristetes Aufenthaltsrecht hat, unmittelbar die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten können.

Die Reform tastet allerdings keine entscheidenden Standards für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit an. So gilt nach wie vor, dass ein Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung, die eigenständige wirtschaftliche Sicherung des Lebensunterhalts und sicherheitsrelevante Erfordernisse gegeben sein müssen. Die Reform wird voraussichtlich im Mai 2024 in Kraft treten.



Start meines neuen Podcasts: Black Voices

Ich freue mich sehr, dass aus meinem ursprünglichen Instagram Live Format Black Voices nun ein richtiger Podcast geworden ist!

Vor knapp einem Jahr auf Instagram gestartet, fand Black Voices schnell Anklang mit interessanten Gästen zu Themen wie Bildungspolitik und Leistungssport. Auch ein Livetalk auf der Afromesse in Frankfurt, der von rund 800 Teilnehmenden verfolgt wurde und sich dem Thema Entrepreneurship widmete, war ein großer Erfolg. Die Nachfrage ist immer weiter angestiegen, dass Format mehr Menschen flexibel zugänglich zu machen - und jetzt ist endlich so weit!

Der Podcast Black Voices

beschäftigt sich mit den vielfältigen Erfahrungen, Geschichten und Perspektiven der Schwarzen Community in Deutschland. Der Podcast soll eine Plattform sein, in der Schwarze Menschen ihre Stimmen erheben, Diskussionen anstoßen und inspirierende Geschichten teilen können.

Jede Podcast Folge, die etwa 30 Minuten dauert, besteht aus einem Gespräch mit einer inspirierenden Persönlichkeit. Die Aufnahmen finden dabei im Deutschen Bundestag statt. Die Hörer:innen haben auch weiterhin die Möglichkeit, einen Teil des Podcast zu gestalten, in dem vorab Community Fragen eingereicht werden, die dann in den Gesprächen gestellt

werden. Die erste Podcast Folge ist mit der wunderbaren Oumi Janta, der modelnde Rollschuhtänzerin und Influencerin. In der ersten Folge erzählt sie eindrucksvoll, wie sie mit einem Video auf dem Tempelhofer Feld viral ging. Die Folge „Oumi Janta übers Abheben vom Tempelhofer Feld“ findet ihr bald auf allen gängigen Streaming Plattformen.

Black Voices verspricht einen ständigen Austausch von Erfahrungen, Inspiration und persönlichen Beobachtungen - immer anders, immer persönlich.

Viel Spaß beim Zuhören und lasst gerne ein Feedback da!



Frohes Neues: In diesem Jahr weniger Steuern

Gute Nachrichten für Steuerzahlende in diesem Jahr. In den vergangenen Wochen ist eine finanzpolitische Errungenschaft der Ampel fast gänzlich untergegangen. Zum 1.1.2024 verändert sich die Steuergesetzgebung, sodass jeder Steuerzahlerhaushalt merklich entlastet wird. Mit dem Verzicht auf Steuereinnahmen wollen wir die Auswirkungen der Inflation auf den Einzelnen eindämmen, also die kalte Progression abmildern.

Das gelingt durch eine Anpassung des Einkommens-

steuertarifs. Der Grundfreibetrag soll wie schon in den vergangenen Jahren angehoben werden, auf jetzt 11.604 Euro. Außerdem soll der Spitzensteuersatz, erst ab einem zu versteuernden Einkommen von 66.779 Euro greifen. Die Grenze für den Reichensteuersatz, also eine Steuer von 45 Prozent, wird nicht entsprechend angehoben. Dadurch findet effektiv ein sozialer Ausgleich statt.

Ganz praktisch: Ein Single mit einem Monatseinkommen von 3000 Euro hat im Jahr 2024 voraussichtlich 172 Euro

mehr zur Verfügung, während Singles mit 5000 Euro monatlichem Einkommen mit einer Entlastung von 292 Euro rechnen können. Besonders hoch ist die Entlastung für Familien. Eine Familie mit zwei Kindern, bei der der eine Partner 2500 Euro und der andere 4000 Euro verdient, wird um ganze 508 Euro entlastet.





Wirksam gegen Hass und Hetze im digitalen Raum vorgehen

Hasskommentare, Desinformationen und Diskriminierung sind inzwischen zum Alltag in den sozialen Netzwerken geworden. Soziale Medien und die zugrundeliegenden Algorithmen sind darauf ausgelegt zu spalten, da sie polarisierende Inhalte bevorzugen. Dadurch werden Hass und Hetze immer weiter geteilt und können sich rasant ausbreiten. Eine Forsa-Studie aus dem Jahr 2023 zeigt, dass 76% der Befragten bereits Hate Speech begegnet sind. Gerade Jüngere sind überdurchschnittlich häufig selbst von Hassrede betroffen: Knapp 40 Prozent der 14- bis 24-Jährigen, die schon Hasskommentare wahrgenommen haben, geben an, selbst schon einmal von Hassrede betroffen gewesen zu sein.

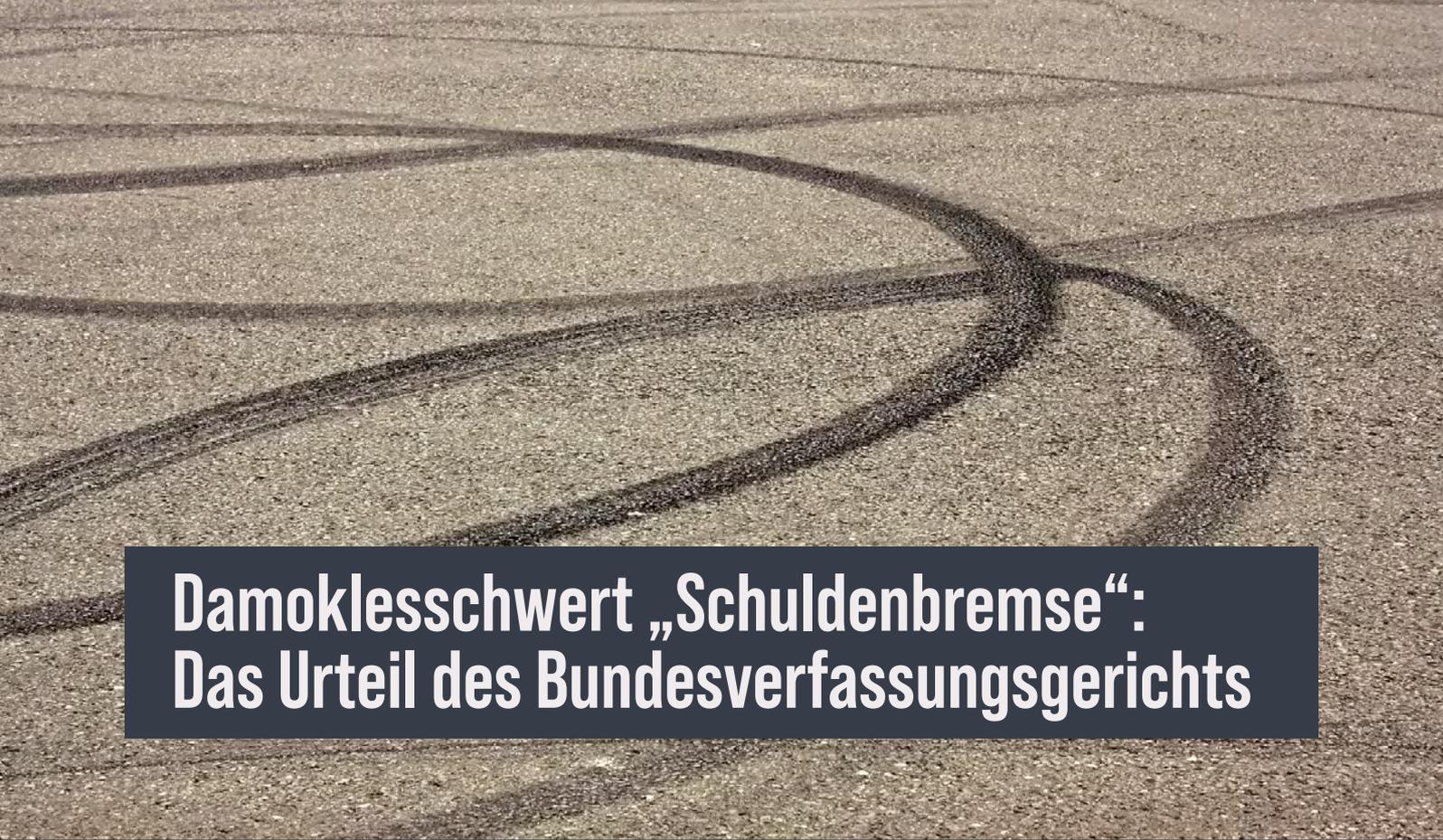
Zudem kommt erwiesenermaßen der Großteil der Hate Speech online aus dem rechtsextremen Spektrum. Laut einer Erhebung des Bundeskriminalamt (2019) sind 77% der Hasskommentare rechtsextremen Gruppen zuzuordnen.

Die Verrohung des Diskurses, offen feindselige und hass erfüllte Kommentare sowie die Verbreitung von Falsch- und Desinformationen gefährden unsere Demokratie. Mit dem Digital Services Act (DSA) der EU haben wir nun endlich regulatorische Maßnahmen in der Hand, um effektiv gegen Hass und Hetze in den sozialen Netzen vorzugehen und die Plattformbetreiber in die Pflicht zu nehmen. So sind Meta, Tiktok

und Co. nun dazu verpflichtet, illegale Inhalte innerhalb einer bestimmten Frist zu löschen und einen nutzerfreundlichen Beschwerdemechanismus bereitzustellen.

Nun geht es darum den DSA auf nationaler Ebene durchzusetzen. Wie genau? - **das habe ich in meiner Bundestagsrede am 18. Januar ausgeführt.**

Bei der Verordnung geht es nicht nur um den Schutz von Verbraucher:innen und die Organisation eines guten Miteinanders im Netz. Es geht vielmehr auch um den Schutz unserer Grundrechte und den Erhalt der Demokratie.



Damoklesschwert „Schuldenbremse“: Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts

Am 15. November hat das Bundesverfassungsgericht ein einschneidendes Urteil für die Haushaltsführung verkündet. Der Klima- und Transformationsfonds wurde für unvereinbar mit der Schuldenbremse erklärt. Ganz konkret bedeutete das, dass wir knapp 60 Milliarden Euro, die wir fest für die Finanzierung der Transformation eingeplant hatten, nicht mehr nutzen konnten.

Aber auch diese Herausforderung haben wir gemeistert: In der zweiten Sitzungswoche im neuen Jahr haben wir den Haushalt für 2024 beschließen können. Es war uns, der SPD, ein wichtiges Anliegen, dass nicht bei den Sozialleistungen, die in den letzten Jahren ausgebaut wurden,

gekürzt wird. Das haben wir mit Erfolg umsetzen können. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts wirft jedoch die Frage auf, wie wir in Anbetracht der Schuldenbremse künftig die erforderlichen Investitionen finanzieren können. Die Schuldenbremse ist ein Kind ihrer Zeit: Damals hat man noch nicht abgesehen, wie hoch die Investitionsbedarfe für die Transformation seien würden und den Fokus auf finanzielle Tragfähigkeit gelegt.

In Anbetracht der Vielzahl kürzlicher Krisen - der russische Angriffskrieg in der Ukraine, die Energiekrise, die Covid-Pandemie, die Klimakrise oder der erstarkende Rechtsextremismus in Deutschland - wird deutlich, wie wichtig es ist,

finanzielle Möglichkeiten auszuschöpfen. Wir müssen in unsere Souveränität, Wirtschaft, Bildung, Infrastruktur und Energiesysteme investieren, um unseren Wohlstand auf lange Frist zu erhalten. Deutschland darf sich nicht selbst ausbremsen. Eine Schuldenregel, die nicht ausreichend Spielraum für Investitionen lässt, passt nicht mehr zur heutigen Zeit.

Die SPD hat daher auf dem Bundesparteitag für eine Reform der Schuldenregel gestimmt. Wer nicht investiert, lebt von der Substanz. Das ist nicht nachhaltig und schon gar nicht gerecht gegenüber den nachfolgenden Generationen. Ich bin gespannt auf die künftigen Debatten

Mein Besuch im Jugendhaus Höchst

Als Bundestagsabgeordneter ist es mir ein wichtiges Anliegen gezielt auf Menschen zuzugehen, die sich außerhalb der politischen Bubble befinden. Eine gute Gelegenheit ergibt sich hier immer wieder bei meinen Besuchen der Frankfurter Jugendhäuser. Diesen Monat war ich beispielsweise im Jugend- und Kulturzentrum Höchst und konnte mir einen Eindruck über die dortige Jugendsozialarbeit verschaffen und mich den

Fragen der Jugendlichen vor Ort stellen.

Besonders beeindruckt hat mich dabei die Vielfalt des Angebotes. Neben einem Tonstudio, einer Playstation und eines Musikübungsraumes gibt es auch ein Kunstraum und eine Küche. Natürlich habe ich es mir auch nicht nehmen lassen eine Runde Fifa mitzuspielen.

Nach dem Rundgang durch das Haus konnten die Jugend-

lichen mir Fragen über meine Arbeit stellen. Mich überrascht dabei immer wieder, wie gut und detailliert die Jugendlichen über aktuelle Themen Bescheid wissen. Ich möchte mich nochmals ganz herzlich bei der Hausleitung und bei den Jugendlichen für den nettem Empfang bedanken und freue mich auf meinen nächsten Besuch im Jugendhaus.





Der Neujahrsempfang des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Das politische Jahr 2024 hat wie auch in der Vergangenheit mit dem Neujahrsempfang des Deutschen Gewerkschaftsbundes begonnen. Der Empfang ist immer eine gute Gelegenheit, die zentralen anstehenden Fragen des Jahres zu thematisieren.

Die Veranstaltung fand nur drei Tage nach dem Erscheinen der correctiv-Recherche über Deportationspläne von AfD und anderen Rechtsradikalen statt. Es war ein wichtiges Zeichen, dass die Gewerkschaften gemeinsam mit Oberbürger-

meister Mike Josef sich unmittelbar klar positionierten und zu einem Schulterschluss gegen Verfassungsfeinde aufgerufen haben. Ich habe mich sehr gefreut, dass eine Woche nach dem Empfang ca. 50.000 Menschen am Römer gegen den Rechtsruck und für unsere Demokratie demonstriert haben. Zu den anstehenden Wahlen in diesem Jahr soll nun die Kampagne „#AfDnee“ wiederholt werden.

Ein solcher Empfang ist aber auch immer eine gute Gelegenheit, um sich auf erreichte Erfolge

zu besinnen. Die deutliche Erhöhung des Mindestlohns, die Angleichung der Renten in Ost und West und die Einführung des Bürgergeldes sind gemeinsame Erfolge von SPD und Gewerkschaften. Trotz oder gerade wegen der politischen Umstände und der schwierigen Situation mit Krieg und Krisen werden wir uns auch in diesem Jahr im konstruktiven Austausch miteinander für unsere Demokratie und die Interessen von Beschäftigten einsetzen.

Ankündigung: Meine Wahlkreis-Tour im Februar



Der regelmäßige direkte Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern auch außerhalb der Wahlkampfzeit ist für mich sehr wichtig. Auf meiner Wahlkreis-Tour können wir uns persönlich kennenlernen und über Ihre Anliegen austauschen. Ich freue mich darauf an dem Erfolg meiner letzten Wahlkreis-Touren anzuschließen, mit Ihnen ins Gespräch zu kommen und zu aktuellen Themen, Entwicklungen und Sorgen zu sprechen. Hier können Sie mich antreffen:

Samstag 10.02.2024	09:00 Uhr	Zeilsheim	Jahrhunderthalle, Pfaffenwiese 301,
	11:00-13:00 Uhr	Sindlingen	Farbenstraße / Ecke Sindlinger Bahnstraße (Nahkauf)
	14:00-16:00 Uhr	NW-Niederursel	Nordwestzentrum vor Hussel Confiserie
Montag 12.02.2024	17:00-19:00 Uhr	Praunheim	Ludwig-Landmann- Straße 81 (Rewe)
Dienstag 13.02.2024	08:00 Uhr	Höchst	Bahnhof Höchst
	10:00-12:00 Uhr	Höchst	Antoniterstraße /Ecke Melchiorstraße
	17:00-19:00 Uhr	Eschersheim	Platz am Weißen Stein
Mittwoch 14.02.2024	08:00 Uhr	Bockenheim	Bockenheimer Warte
	14:00-15:30 Uhr	Sossenheim	Siegener Str./Ecke Robert-Dißmann- Straße (Penny)
	16:00-18:00 Uhr	Rödelheim	Arthur-Stern-Platz (S-Bahn Durchgang)
Donnerstag 15.02.2024	08:00 Uhr	Hausen	Am Industriebhof, (U- Bahn)
	12:00-14:00 Uhr	Bockenheim	Carlo-Schmid-Platz
	16:30-18:30 Uhr	Hausen	Am Industriebhof / Am Hohen Weg (Hausener Seite)
Freitag 16.02.2024	08:00 Uhr	Gallus	Galluswarte, (S- Bahn)
	13:00-15:00 Uhr	Gallus	Schwalbacher Str./Ecke Frankenallee

“ Bis zum nächsten
Monat!

Impressum

Herausgeber: Armand Zorn
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 - 227 73895

E-Mail: armand.zorn@bundestag.de

Web: <https://www.armandzorn.de/>

Bildnachweise: falls nicht extra erwähnt:

David Lowis, Amelie Roese, unsplash, Pexels,
KI-generiert mit DALL-E, privat

Design & Layout: David Lowis

Erscheinungsjahr: 2024

[armandzorn.de](https://www.armandzorn.de)



[armandzorn.de/linkedin](https://www.armandzorn.de/linkedin)



[armandzorn.de/instagram](https://www.armandzorn.de/instagram)



[armandzorn.de/twitter](https://www.armandzorn.de/twitter)



[armandzorn.de/facebook](https://www.armandzorn.de/facebook)



[armandzorn.de/magazin-abo](https://www.armandzorn.de/magazin-abo)

